



# DENIZ DIREKT

In der letzten Woche hat der Niedersächsische Landtag in Hannover getagt. Erstmals seit dem Ausbruch von Corona Zuschauerinnen und Zuschauer teilnehmen und auch wir Abgeordneten durften wieder auf unseren „normalen“ Plätzen sitzen. Möglich ist das, weil der Ältestenrat des Landtages entschieden hat zum Schutz der Abgeordneten zwischen allen einzelnen Plätzen



**Plexiglasscheiben als Schutz vor Tröpfcheninfektionen** zu installieren. Zwar ist dies optisch sehr ungewohnt, führt aber dazu, dass die parlamentarische Arbeit

wieder ungehindert stattfinden kann und wir trotzdem vor dem Virus geschützt werden. Die weiteren wichtigen Maßnahmen bleiben natürlich immer noch gültig: Mund-Nasen-Bedeckung tragen, Abstand halten und Beschränkung der Kontakte auf ein nötiges Minimum! Dies gilt, wie wir wissen, für uns alle.

Das bestimmende Thema dieser Plenarwoche waren natürlich die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Unser Ministerpräsident Stephan Weil skizzierte in seiner **Regierungserklärung**

die aktuelle Lage im Land Niedersachsen und gab einen Ausblick auf die kommenden Wochen. Der Fokus lag dabei vor allem auf dem in einer Sondersitzung zu beschließenden Nachtragshaushalt in der kommenden Woche. Dieser wird ein weiteres Kraftpaket, welches die wirtschaftlich hart betroffenen Bereiche nachhaltig unterstützen soll. In den kommenden Tagen werden auch die Ausschüsse des Landtages sich damit beschäftigen. Ich freue mich schon jetzt auf die konstruktive Diskussion und hoffe, dass Hilfen dort ankommen, wo sie benötigt werden.

**Weitere Themen:** In Deutschland beträgt die übliche **Laufzeit von Mobilfunkverträgen** 24 Monate. Einige wenige Provider bieten jedoch auch andere Laufzeiten an - beispielsweise 6 oder 12 Monate - oder geben gar keine Bindungsdauer vor. Verträge mit 24 Monaten Laufzeit werden in der Regel automatisch um weitere 12 Monate verlängert, sollten sie vorher nicht oder nicht fristgerecht gekündigt worden sein. Zum Schutze der Verbraucherinnen und Verbraucher, haben wir der Landesregierung den Auftrag erteilt, sich auf bundespolitischer Ebene dafür einzusetzen, dass automatische Vertragsverlängerungen auf die Dauer von höchstens drei Monaten beschränkt

# DENIZ DIREKT

werden. Wir müssen Kostenfallen für die Verbraucherinnen und Verbraucher verhindern!

Schreiben, Lesen und Rechnen sind Grundfertigkeiten, die in der Schule erlernt werden. Sie sind unabdingbar für einen erfolgreichen Bildungsweg und legen den Grundstein für das spätere Berufsleben. Der Landtag bittet die Landesregierung, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, um die **Vermittlung der Lernkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben** in der Grundschule zu stärken sowie Lehrkräfte dabei zu unterstützen, Lesestrategien zu vermitteln und dass Reflexionsvermögen der Sprachinhalte voranzubringen, damit sinnentnehmendes Lesen im Vordergrund steht und nicht allein die Lesefähigkeit.

Für außerordentlich wichtig halte ich die verstärkten Anstrengungen der Landesregierung bei der **Bekämpfung krimineller Clanstrukturen** in Niedersachsen. Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat zu stärken, muss seitens des Staates und seiner Behörden entschlossen und konsequent gegen kriminelle Clans und Clanstrukturen vorgegangen werden. Wir fordern deshalb eine stärkere Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

Der Landtag hat in seiner Sitzung die konsequentere und **effektivere Bekämpfung von Kindesmissbrauch** gefordert. Die Vernetzung zwischen den Strafverfolgungsbehörden, dem Landespräventionsrat und Jugendämtern, Schulen, Kinderärzten und Mädchenhäusern müssen ausgebaut werden. Der bestehende Rechtsrahmen, die Maßnahmen der Behörden und der weiteren Akteure zur Prävention sind zu optimieren. Die personelle und technische Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden ist

weiter zu verbessern. Um Kindesmissbrauch aufdecken und strafrechtlich ahnden zu können, müssen auch Vorgänge in der digitalen Welt stärker als bisher in den Fokus genommen werden. Die Verbreitung von Kinderpornografie über das Internet spielt eine zentrale Rolle. Hier muss der Staat intensiver als bisher handeln und die IT-Ausstattung der Behörden weiter verbessern. Daneben sind die geltenden Verjährungsregeln, bestehende Strafbarkeitslücken und der bestehende Strafrahmen bei Kindesmissbrauch zu überprüfen und anzupassen.

**Wahlkreisarbeit:** Corona hat auch die Wahlkreisarbeit extrem verändert. Viele Termine finden nur noch telefonisch oder per **Video-Konferenz** statt. Auf der einen Seite eine gute Möglichkeit viele verschiedene Menschen zu erreichen, ohne ein Risiko zur Infektion einzugehen. Auf der anderen Seite lebt die Politik von der persönlichen Begegnung. Keine digitale Konferenz und kein Telefonat kann das Vier-



Augen-Gespräch ersetzen. Daher freue ich mich, dass die Präsenztermine, unter strenger Einhaltung der Maßnahmen des Infektionsschutzes, langsam wieder mehr werden.

Dies sind **Bürgergespräche**, Treffen mit Initiativen oder auch **Radiointerviews**, wie zuletzt bei Radio 90.vier zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Susanne Mittag. Das gesamte Interview findet ihr [hier](#).